



Berlin, 10. Januar 2011

Lasten der Beamtenversorgung

GdP: Billige Polemik vernebelt Unterschlagung von Beiträgen

Berlin. „Mit billiger Polemik soll vertuscht werden, dass die Politik sei Jahrzehnten die von den Beamten geleisteten Beiträge für ihre Altersversorgung unterschlagen hat“, kommentiert der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, die jüngsten Angriffe von Steuerzahlerbund und dem Institut der deutschen Wirtschaft (IDW) auf die Höhe der Beamtenpensionen und die Höhe der Versorgungslasten.

Die Einkommen der Beamten seien von jeher niedriger als die der Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft. Witthaut: „Es hat immer geheißen: Wenn Du Beamter wirst, verdienst Du weniger, aber das kommt Deiner späteren Versorgung zugute. Experten haben errechnet, dass mit diesen niedrigen Einkommen ein Versorgungsbeitrag von rund 7 v.H. von den Beamten geleistet wurde. Dieses vorenthaltene Gehalt haben die Politiker verpulvert, statt Rücklagen aufzubauen. Ich nenne das schlicht Unterschlagung.“

Wenn jetzt die Öffentlichkeit mit hohen Versorgungslasten, die bei den Ländern aufgelaufen seien, verunsichert werden solle, so diene das nur dem Zweck, die weitverbreiteten Vorurteile über so genannte Beamtenprivilegien zu bedienen, so Witthaut weiter.

Witthaut: „Die abertausend Beamten bei Polizei, Bahn und Post hat in der Vergangenheit niemand um die Höhe ihrer Besoldung beneidet. Auch ihre Ruhestandsbezüge können oft nicht mit den Renten von Arbeitnehmern konkurrieren, die – wie ebenfalls in der Vergangenheit üblich – zusätzlich durch lukrative Betriebsrenten aufgestockt werden.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190